

## Frauen in der Armutsfalle

**Immer mehr Frauen in Deutschland verarmen. Schuld daran sind niedrige Löhne oder Renten – und eine verfehlte Politik. Was schief läuft, und wie es besser gehen könnte**

Von Elisa Rheinheimer-Chabbi

Es trifft die junge, alleinerziehende Mutter, die nach ihrer Scheidung trotz der Alimente mit einem Halbtagsjob versucht, ihre beiden Kinder durchzubringen. Es trifft die Mittvierzigerin, die nach einer langen Phase der Kindererziehung nur noch gering bezahlte Teilzeitstellen angeboten bekommt. Und es trifft die Seniorin, die ihr ganzes Leben lang als Friseurin gearbeitet hat, aber dabei so wenig verdiente, dass die Rente jetzt nicht zum Leben reicht. Drei Frauen aus drei Generationen, die eines gemeinsam haben: Sie sind in die Armutsfalle getappt.

Zuversichtlich sind sie nach Ausbildung oder Studium ins Leben gestartet, in dem Glauben, dass sie mit ihrem eigenen Verdienst gut leben können. Mit der Hoffnung, dass da ja auch noch das Gehalt des Ehemannes ist, wenn es hart auf hart kommt; darauf vertrauend, dass »Vater Staat« sie nicht fallen lässt. Ein Irrtum. Denn der Staat sorgt mit falschen Anreizen wie dem Ehegattensplitting dafür, dass die Falle schneller zuschnappt als gedacht. Armut entsteht meist, wenn mehrere Faktoren zusammenkommen: Teilzeitarbeit, der falsche – weil unterbezahlte – Beruf, eine schwere Krankheit, eine Scheidung. »Frauen sind schneller unten, als man gucken kann. Und dann gibt es nur schwer einen Weg zurück«, sagt Pia Keukert vom Bildungs- und Beratungszentrum Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte in Berlin.

Armut wird häufig tabuisiert und als individuelles Problem dargestellt. »Arm? Selber schuld!«, so dächten viele, sagt Keukert. Das führt dazu, dass Frauen – und auch Männer – am Ende ihres Berufslebens oft Scham empfinden, mit einer so niedrigen Rente dazustehen. In den meisten Fällen sind es aber keine plötzlichen Schicksalsschläge, sondern strukturelle Ursachen, die hinter der Armut stecken – sozusagen Armut mit Ansage.

Dafür verantwortlich sind zum einen die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Kluft zwischen sozialversicherungspflichtiger, unbefristeter Arbeit und prekären Arbeitsverhältnissen wird immer größer. Seit der Hartz-IV-Reform 2003 haben die Normalarbeitsverhältnisse kontinuierlich abgenommen, während Leiharbeit und Minijobs sprunghaft angestiegen sind. Und das sind Frauendomänen: Fast die Hälfte der Frauen in Deutschland arbeitet heute Teilzeit. Das bedeutet, dass viele von ihrem Lohn kaum leben können – von den niedrigen Renten im Alter ganz zu schweigen. »In keinem anderen Land Europas ist die prekäre Teilzeitbeschäftigung von Frauen so ausgeprägt«, schreibt Kristina Vaillant in ihrem Buch »Die verratenen Mütter«. Angestiegen ist auch die Zahl der befristeten Arbeitsverträge. Pia Keukert erzählt von einer Frau Ende dreißig, die neulich zu ihr in die Beratung kam. »Sie hatte den fünfzehnten befristeten Vertrag – und war fix und fertig«, sagt sie. Kein Einzelfall: Mit dieser ständigen Unsicherheit, die eine Lebensplanung unmöglich macht, kämpfen viele junge Leute.

### Vergiftete Geschenke des Staates

Dass Frauen hierzulande noch immer weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen in vergleichbaren Situationen, kommt noch hinzu. Meist wird von einem Gender Pay Gap in Höhe von 22 Prozent gesprochen. Wie hoch die Lohnlücke genau ist, hängt davon ab, welche Vergleichswerte zugrunde gelegt werden. Der Gender Pay Gap verschärft sich beim Rentenbezug auf einen Gender Pension Gap von bis zu sechzig Prozent. Das Europäische Netzwerk gegen Armut spricht deshalb von einer »Feminisierung der Armut«.

Bei Renteneintritt wird aus den Zahlen auf dem Rentenbescheid plötzlich harte Realität. Die gesetzliche Rente verliert immer mehr ihre Funktion, den einstigen Lebensstandard zu sichern. Die Lohnersatzrate ist von ehemals 70 Prozent des Durchschnittseinkommens auf 48 Prozent gesunken. Im Vergleich mit anderen OECD-Ländern, also den reichsten Staaten der Welt, zählt Deutschland damit zu den Schlusslichtern. Hinzu kommen gravierende Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Die durchschnittliche Altersrente der Männer im Westen beträgt 980 Euro, die der Frauen 485 Euro. In Ostdeutschland erhalten Männer durchschnittlich 952 Euro Rente und Frauen 838 Euro. In keinem anderen europäischen Land ist diese geschlechtsspezifische Rentenlücke größer als hierzulande. Deutschland ist also Europameister, wenn es um die Rentenungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern geht.

Schuld daran ist unter anderem der »Eckrentner«. Das deutsche Rentensystem orientiert sich an einem männlichen Erwerbsverlauf: Der sogenannte Eckrentner hat in 45 Beitragsjahren ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 35 000 Euro erzielt. Das Problem: Dieser fiktive Eckrentner hat weder Kinder großgezogen noch seine Eltern gepflegt oder mal in Teilzeit gearbeitet.

Es ist bekannt, dass Frauen etwa zwei Drittel der unbezahlten Sorgearbeit leisten. Sobald Kinder da sind, fallen Paare schnell in alte Rollenmuster zurück. Der Staat hilft durch falsche Anreize in der Steuerpolitik, das Modell der »Hinzuverdiener-Ehe« zu zementieren. Die Wahl der Steuerklassen drei und fünf ist fatal für das Nettoeinkommen und die Rentenansprüche des hinzuverdienenden Partners, in den meisten Fällen der Ehefrau. Denn Lohnersatzleistungen wie Elterngeld, Krankengeld oder Arbeitslosengeld berechnen sich nach dem vorherigen Nettogehalt – und die Rente ebenso.

Ein weiteres »vergiftetes Geschenk« des Staates ist das Ehegattensplitting. Es bietet Anreize dafür, dass der geringverdienende Ehepartner gar nicht oder nur stundenweise beschäftigt ist. Das kann gutgehen, solange die Ehe hält. Aber was, wenn nicht? »Es wird in Zukunft nicht mehr so viele Alterseinkünfte geben, weil die Ehen nicht mehr so lange halten. Wer Eins und Eins zusammenzählt, erkennt sofort, was das bedeutet: Dass immer mehr Frauen im Alter in die Armut abrutschen. Das ist reine Statistik! Trotzdem hält der Staat am derzeitigen Modell fest«, klagt Pia Keukert.

Der Hintergrund: Wenn eine Ehe scheitert, wird seit der Reform des Unterhaltsrechts vor zehn Jahren davon ausgegangen, dass die Frau sich selbst versorgen kann (sofern sie keine Kinder unter drei Jahren hat). Das ist in vielen Fällen aber eine Illusion, denn wer viele Jahre nicht oder nur wenig beschäftigt war, hat es schwer, wieder Fuß zu fassen im Beruf. Der vermeintliche Steuervorteil wird dann vielen Frauen zum Verhängnis. Die ehemalige Bundestagsvizepräsidentin Renate Schmidt kritisierte deshalb zum 60. Jahrestag des Ehegattensplittings im Juli die Widersprüchlichkeit der Gesetzgebung. »Auf der einen Seite belohnt man es, nicht erwerbstätig zu sein. Wenn die Ehe dann scheitert, tut man so, als habe die Erwerbstätigkeit ununterbrochen stattgefunden.«

Um Frauen, die in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder beruflich zurückgetreten sind, den Karriere-Wiedereinstieg zu erleichtern, hat die Große Koalition kürzlich ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit beschlossen. Der Haken: Es soll nur für Betriebe ab 45 Mitarbeitern gelten. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraction zeigt, dass von den insgesamt 5,1 Millionen teilzeitbeschäftigten Müttern 3,1 Millionen in einem Betrieb mit weniger als fünfzig Mitarbeitern tätig sind. Demnach wäre das neue Rückkehrrecht auf eine Vollzeitstelle für fast zwei Drittel aller erwerbstätigen Mütter ohne Wirkung. »Die jetzigen Rentendiskussionen sind Makulatur. Wir brauchen ein grundsätzlich anderes Rentenmodell. Aber ein radikaler Systemwechsel ist nicht in Sicht«, kritisiert Pia Keukert, die aus über dreißigjähriger Berufserfahrung die Nöte und Sorgen von Tausenden Frauen aus erster Hand kennt.

### **Best-Practice-Beispiele aus ganz Europa**

Doch Armut ist kein naturgegebenes Phänomen, dem die Politik machtlos gegenübersteht. Sie kann durchaus etwas tun! Island macht vor, wie das gehen kann: Im April vergangenen Jahres hat das isländische Parlament ein Gesetz verabschiedet, das Unternehmen mit mehr als 25 Angestellten verpflichtet zu beweisen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleich bezahlt werden. Das neue Gesetz soll die Lohnlücke von sieben Prozent beseitigen. Vorbild ist es schon allein deshalb, weil es im aktiven Arbeitsleben ansetzt und nicht erst bei den Renten – denn da ist es oft schon zu spät. Wenn der Staat die Flut an Minijobs eindämmen und dafür sorgen würde, dass wieder mehr Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgehen, wären auch die Renten höher.

Mut zu neuen, zeitlich flexibleren Modellen wie Jobsharing könnte ebenfalls dafür sorgen, dass Frauen (und Männer!) die Chance auf eine gut bezahlte Arbeitsstelle haben und die Möglichkeit, sich um Kinder und Haushalt zu kümmern. Beim Jobsharing teilen sich zwei Kollegen eine Position eigenver-

antwortlich; auch Leitungsfunktionen werden so besetzt. Die Vorteile: Wer wie viel arbeitet, kann flexibel an die jeweilige Lebensphase angepasst werden – und ist nicht an den starren Rahmen von klassischen Teilzeitstellen gebunden. Unterschiedliche Stärken und zwei Blickwinkel führen zudem zu mehr Kreativität und Inspiration. In der Schweiz ist dieses Modell weitaus verbreiteter als hierzulande.

Auch von Belgien und Großbritannien könnte sich Deutschland etwas abgucken, zum Beispiel, wenn es um anonymisierte Bewerbungsverfahren geht, die dort üblich sind. In Deutschland gab es bereits Pilotprojekte, bei denen auf Bewerbungsschreiben weder Alter noch Geschlecht, Nationalität und Name angegeben wurden. Das Ergebnis: Besonders Frauen und ältere Bewerber profitieren davon – und den Unternehmen nützt es auch. In einem Abschlussbericht der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen heißt es: »Der Anspruch, im Rahmen der Bestenauslese qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber einzustellen, wird über anonymisierte Bewerbungsverfahren in besonderem Maße erfüllt.« Würden solche Pilotprojekte zum Regelfall, käme dies auch Migranten zugute, die allein aufgrund eines türkisch oder arabisch klingenden Namens häufig nicht zum Vorstellungsgespräch eingeladen werden.

Vielleicht würde mehr für Frauen getan, wenn sie stärker in politische Entscheidungsprozesse eingebunden wären. Auf der Liste der Länder mit dem höchsten Frauenanteil in nationalen Parlamenten sind die Top 7 allesamt außereuropäische Staaten. Spitzenreiter ist Ruanda, dort sind mehr als sechzig Prozent der Abgeordneten weiblich. Deutschland liegt dieser aktuellen Statistik zufolge auf Platz 29. Im EU-Durchschnitt sind nur rund 25 Prozent der nationalen Parlamentarier Frauen.

Und die Rentensysteme? Etliche europäische Nachbarländer zeigen, wie es besser geht. In Schweden, Großbritannien und der Schweiz gibt es zum Beispiel eine Bürgerrente, die unabhängig vom Einkommen gewährt und meist mit einer einkommensbezogenen Zusatzrente sowie privater Altersvorsorge kombiniert wird. In Frankreich wird die Rente nicht auf Grundlage aller Beitragszeiten berechnet, sondern es zählen nur die besten 25 Jahre. Das bedeutet, die Bürgerinnen und Bürger werden im Alter nicht dafür abgestraft, wenn sie beruflich teilweise kürzer getreten sind – zum Beispiel, um Angehörige zu pflegen. Auch davon würden Frauen in Deutschland profitieren. In den Niederlanden führt allein die Tatsache, Bürger eines Landes zu sein, zu einer Bürgerrente. Alleinlebenden Rentnern in den Niederlanden stehen monatlich tausend Euro Bürgerrente zu. Zusätzlich gibt es noch beitragsfinanzierte Renten wie bei uns, deren Grundlage die Erwerbstätigkeit ist, sodass die Menschen sehr viel wirksamer vor Altersarmut geschützt sind. Viele wenden ein, die Niederlande seien mit Deutschland nicht zu vergleichen, weil es ein viel kleineres Land mit viel weniger Einwohnern sei. Die Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlers Volker Meinhardt aber zeigen, dass es sehr wohl funktionieren würde. Und weil Ausgaben wie die Beamtenpensionen wegfielen, könnte der Beitragssatz zur Rentenversicherung sogar um einige Prozentpunkte gesenkt werden.

Ein detailliertes Modell einer Bürgerrente stammt von katholischen Verbänden, darunter die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands. Schon 2002 stellte sie ein Drei-Stufen-Modell vor, basierend auf einer solidarischen Sockelrente, auf die jeder Einwohner Anspruch hat, einer Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen sowie einer privaten und betrieblichen Altersvorsorge. Die Autorin Kristina Vaillant schreibt dazu: »Das Institut für Wirtschaftsforschung und das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht haben das Modell auf Herz und Nieren geprüft. Ihr Ergebnis: Es ist finanzierbar, auch aus rechtlicher Sicht spricht nichts dagegen. Ein Rentensystem, das nicht nur leistungsbezogen, sondern auch sozial ist, muss die Gesellschaft also nicht unbedingt mehr kosten.« Das beweist auch der Blick auf die Ausgaben unserer Nachbarn. »Nach dem OECD-Bericht von 2015 geben die Schweden mit 7,4 Prozent des Bruttonationalprodukts (BSP) und die Niederländer mit 5,5 Prozent des BSP weit weniger für das staatliche Rentensystem aus als Deutschland mit 10,6 Prozent«, schreibt Vaillant. Rentensysteme anderer Länder ließen sich also in Variationen auch auf das deutsche System übertragen – wenn der politische Wille da wäre.

Vielleicht braucht es ein #MeToo der Armgemachten in diesem Land, damit die Brisanz des Themas wirklich bei jedem ankommt. Materielle Armut ist dabei nur eine Seite der Medaille, mangelnde gesellschaftliche Teilhabe und der Verlust der Würde die andere. »Wir haben eine unheimlich hohe versteckte Armut. Davor verschließen die meisten die Augen«, sagt Pia Keukert von der Berliner Beratungsstelle. Und erklärt: »Ein Mensch kann irgendwie mit der Armut leben, wenn man ihm die Würde lässt. Aber wenn man ihm die nimmt, dann schlägt er um sich. Das ist politischer Sprengstoff.«

---

Zum Weiterlesen: Kristina Vaillant: Die verratenen Mütter. Wie die Rentenpolitik Frauen in die Armut treibt. Knauer. 160 Seiten. 12,99 €